

# «Zuerst die Fakten und dann der Entscheid»

**YVONNE SCHÄRLI** DIE REGIERUNGSRÄTIN ÄUSSERT SICH ZUM FUSIONS-VORVERTRAG VON KNUTWIL, GEUENSEE, MAUENSEE UND SURSEE

Die Kritik rund um den Fusions-Vorvertrag der Gemeinden Mauensee, Geuensee und Knutwil konzentriert sich auf einige wenige Punkte. Die zuständige Regierungsrätin Yvonne Schärli-Gerig nimmt dazu Stellung.

**Frau Regierungsrätin, in der Region Sursee wiederholt sich ein Problem, das bei allen Fusionsprojekten besteht: Die Abstimmung über den Fusions-Vorvertrag am 28. November wird mit dem Votum für oder gegen Fusionen gleichgesetzt. Weshalb das Misstrauen?**

Ich stelle fest, dass die Gegner von Fusionen keine Abklärungen wollen. Das ist bedauerlich, weil ohne Abklärungen die Fakten fehlen und seriöse Grundlagen für den Abstimmungsentscheid vorenthalten werden. Die Stimmberechtigten können aber klar unterscheiden zwischen einer Fusionsabklärung und einer definitiven Fusionsabstimmung. In der Regel befürworten sie

ein schrittweises Vorgehen: zuerst die Fakten und dann der Entscheid.

**Was sagen Sie zum Argument, dass mit einem Fusions-Vorvertrag das Ziel, nämlich die Fusion, schon vorgegeben sei?**

Das ist falsch. Alle Gemeindeverantwortlichen, die in eine Fusionsabklärung einsteigen, behalten sich vor, nur dann in eine Fusionsabstimmung einzusteigen, wenn sich die Fusion für alle Gemeinden lohnt. Genau für diesen Entscheid sind die Grundlagen Voraussetzung. Die Gemeinderäte möchten sich mit den Abklärungen absichern.

**Hat der Kanton Einfluss genommen, wie die Kritiker monieren, dass nicht auch Kooperationen geprüft wurden?**

Es sind die Gemeinden, die entscheiden, welches Szenario untersucht wird. Der Kanton unterstützt sowohl Fusionen wie Kooperationsprojekte. Im Projekt Geuensee, Knutwil, Mauensee und Sursee haben sich die Gemein-



Yvonne Schärli-Gerig.

FOTO ZVG

den für Fusionsabklärungen ausgesprochen.

**Die Kosten von 300'000 Franken für die Vorabklärungen sind re-**

lativ hoch. Bewegen sie sich im normalen Rahmen?

Dieser Betrag liegt in der Höhe vergleichbarer Projekte, bei denen eine Fusion mit vier Gemeinden geprüft wurde. Der Betrag relativiert sich insofern, als der Kanton die Hälfte übernimmt. Die verbleibenden 150'000 Franken werden auf die vier Gemeinden – aufgrund ihrer Bevölkerungszahl – aufgeteilt.

**Die IBR-Fusionsstudie vor zwei Jahren hat den Kanton und die Gemeinden schon einiges gekostet. Was erwarten Sie von den neuerlichen Abklärungen?**

Die IBR-Studie umfasste acht Gemeinden und ging nicht in die Tiefe der jetzigen Abklärungen. Diese sind als Grundlagen unerlässlich, damit sich die Gemeinderäte überhaupt entscheiden können, ob sie die Fusion in ihrer Gemeinde zur Abstimmung bringen sollen. Die Resultate der Abklärungen brauchen auch die Stimmberechtigten, damit sie sich eine Meinung bilden können für ihren Entscheid an der Urne.

**Kritisiert wird am Vorvertrag das mässig ausgebaute Mitwirkungsverfahren für die Bevölkerung. Gab es andere Modelle im Kanton, die Sie empfehlen könnten?**

Es ist wichtig, dass zuerst Grundlagen erarbeitet werden, über die im zweiten Schritt mit der Bevölkerung diskutiert wird. Nur so wird die Diskussion fruchtbar. Ich erinnere mich, dass in den Anfängen der Gemeindereform in einigen Projekten ein sogenannter «Projektrat» einbezogen worden war. Diese Idee hatte sich nicht bewährt, weil die Diskussion auf ein paar Dutzend Personen aus der Bevölkerung beschränkt war und nicht mit allen Interessierten geführt werden konnte. Der Wunsch nach einem intensiven Austausch ist sowohl auf der Seite der Gemeinderäte wie der Bevölkerung sehr gross. Mit dem Einbezug aller Interessierter wird diesem Anliegen besser Rechnung getragen.

INTERVIEW ANDREA WILLIMANN

## Gewinnt oder verliert der Bürger?

**GEUENSEE KONTRADIKTORISCHES PODIUM ZU DEN FUSIONSABKLÄRUNGEN**

Am Donnerstag kreuzten in Geuensee je zwei Gegner und Befürworter der Fusionsabklärungen die Klängen. Die Mitwirkung des Bürgers kristallisierte sich dabei als «wunder Punkt» heraus.

Eingeladen zur überparteilichen Informationsveranstaltung hatte das vor Kurzem ins Leben gerufene Komitee «Zukunft Region Sursee», das sich für eine eigenständige Zukunft der Gemeinden Geuensee, Knutwil, Mauensee sowie der Stadt Sursee und deshalb für ein Nein zum Fusions-Vorvertrag an den Urnenabstimmungen vom 28. November einsetzt.

Den Einstieg ins Thema bestritt der Surseer Zeit-Unternehmer Ivo Muri, der seinen Exkurs in die Wirtschafts- und Geldpolitik mit der These schloss: «Wer für die freie Marktwirtschaft ist, muss auch gegen Gemeindefusionen sein.» Einen anderen Ansatz vertrat Hansueli Pfenniger, der den Verein «Starke Region Sursee»

vorstellte und aufzeigte, weshalb dieser Gemeindefusionen unterstützt. Er hob insbesondere die Solidarität, den gegenseitigen Nutzen und den demokratischen Mehrwert hervor.

**«Keine Studien für teures Geld»**

All diese Werte sahen in der anschließenden Podiumsdiskussion die beiden SVP-Kantonsräte Fredy Zwimpfer (Oberkirch) und Guido Luternauer (Schenkenon) bei einer Fusion in Gefahr. «Bei den Vorarbeiten zum Fusions-Vorvertrag wurde es verpasst, dem Bürger auch aufzuzeigen, was er durch eine Fusion verliert», meinte Luternauer. Und Zwimpfer zog den Sinn des Vorvertrags mit seinen Kosten von 300'000 Franken grundsätzlich in Zweifel: «Der Bürger ist fähig genug, jetzt abschliessend über eine Fusion zu entscheiden. Da braucht es keine weiteren Studien für teures Geld.»

Im Verlaufe des von Andrea Willimann, Redaktionsleiterin Surseer/Trienger Woche, moderierten Po-

diums kristallisierte sich namentlich der Einbezug der Bevölkerung als wunder Punkt heraus. «Die Kritik an der ungenügenden Mitwirkung der Bürgerschaft ist berechtigt», räumte der Präsident der CVP-Ortspartei Sursee, Carlo Piani, ein. Gleicher Meinung war seine Kollegin von der FDP Sursee, Kantonsrätin Susan Widmer-Picenoni, die sich zudem für die Beibehaltung der Gemeindeversammlung im Falle einer Fusion aussprach.

**«Entmündigung des Bürgers»**

In der Plenumsdiskussion bekundete Xaver Ineichen aus St. Erhard Mühe damit, dass der Fusions-Vorvertrag unter Beschuss genommen wird: «Das kommt einer Entmündigung des Bürgers gleich.» Dieser Einschätzung widersprach Luternauer vehement: «Das Volk hat in einer direkten Demokratie das letzte Wort. Wenn man anderer Meinung ist, ist man noch lange kein Demokratiegegner.»

DANIEL ZUMBÜHL

## Rat oder Versammlung?

**FUSIONS-VORVERTRAG FDP SURSEE STELLT ANTRAG**

Die FDP Sursee gelangt mit einem Brief an den Stadtrat Sursee. Darin stellt sie den Antrag, das Volk über die Frage «Einwohnerrat oder Gemeindeversammlung?» entscheiden zu lassen.

Der Einbezug der Bevölkerung und die Frage «Einwohnerrat oder Gemeindeversammlung?» sind für die FDP Sursee die beiden neuralgischen Punkte beim Fusions-Vorvertrag. Dies schreibt FDP-Präsidentin und Kantonsrätin Susan Widmer-Picenoni in einem Brief an den Stadtrat. Diese beiden Punkte hätten sich aufgrund vieler Gespräche mit Fusionsgegnern herauskristallisiert.

**Bürger integrieren**

Es genüge nicht, die Bevölkerung nur mittels Informationsveranstaltungen während des Evaluationsprozesses miteinzubeziehen, so Widmer: «Es ist ein grosser Wunsch der Bevölkerung, beim ganzen Prozess einbezogen zu sein.» Die FDP Sursee schlägt deshalb

vor, in jede Fachgruppe zwei bis drei Bürgerinnen oder Bürger, die sich freiwillig melden können, aufzunehmen. Ein grosses Thema sei in der Bevölkerung auch die Frage eines Einwohnerrates, schreibt Widmer weiter. Mit einem Einwohnerrat fühlten sich die kleineren Gemeinden benachteiligt. «Da wir überzeugt sind, dass die Entleerung der Fusion grösstenteils wegen dieser Frage gescheitert ist, beantragen wir, diese Frage am Schluss dem Volk vorzulegen.» Es müsse eine Abstimmung mit beiden Varianten geben.

Die FDP Sursee erachte es als wichtig, diese Punkte in den bevorstehenden Prozess aufzunehmen, da sonst allfällige Fusionsabstimmungen sehr angreifbar seien und scheitern würden, gibt Widmer zu bedenken. Und sie schliesst mit dem Aufruf: «Wir möchten den Stadtrat von Sursee bitten, sich bei den anderen Gemeinden für unser Anliegen einzusetzen und die Skepsis des Volkes nicht zu unterschätzen.»

DANIEL ZUMBÜHL